

## **Protokollauszug Ratsversammlung am 15.5.2013**

### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Auswirkungen der Optionspflicht auf in Leipzig lebende Betroffene mit doppelter Staatsbürgerschaft (V/F 838)**

**Bürgermeister Rosenthal** berichtet, von der in Rede stehenden Regelung sei 2013 eine Person betroffen. Erwartet würden voraussichtlich 15 Optionsfälle. Voraussichtlich könnten drei Personen die doppelte Staatsangehörigkeit behalten. Bisher habe es in keinem Fall verspätete Rückmeldungen oder Komplikationen gegeben. Den Betroffenen werde rechtzeitig ein Informationsschreiben mit dem Angebot einer ausführlichen Beratung zugeleitet. Dieses Informationsschreiben gehe den Betroffenen mit Vollendung des 18. Lebensjahres zu. Daraus ergebe sich für die Verwaltung, dass keine zusätzliche Notwendigkeit bestehe, weiter zu informieren. Bisher seien die Beratungsangebote gut angenommen worden. Offener Beratungsbedarf bestehe derzeit nicht.

Es treffe zu, dass den meisten Betroffenen das Optionsverfahren nicht bekannt sei. Allerdings sei mit dem entsprechenden Informationsschreiben der Ausländerbehörde dieses Thema kommuniziert. Bisher habe es bei der Ausländerbehörde keine Fristversäumnisse gegeben. Weitere Informationsmaßnahmen seien aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich und daher auch nicht geplant.

**Stadtrat Ufer (fraktionslos)** fragt, für welchen Personenkreis die doppelte Staatsbürgerschaft ausgeschlossen sei.

**Bürgermeister Rosenthal** räumt ein, dass er diese Frage jetzt nicht beantworten könne, und sagt zu, dass er die Antwort im Nachgang schriftlich übermitteln werde.

**Stadträtin Böhm (SPD-Fraktion)** äußert, die Stadt könne sicherlich nichts für all diese Regelungen. Sie gebe jedoch zu bedenken, dass es Länder auf der Welt gebe, deren Staatsbürgerschaft man gar nicht abgeben könne, und frage, wie die Stadt damit umgehe.

**Bürgermeister Rosenthal** verweist auf die Begründung der Anfrage. Dort sei deutlich herausgearbeitet, wo die Zuständigkeit für dieses Thema liege. Er bitte darum, dass alle, die ein großes Interesse an dieser Problematik haben, auf ihre Bundestagsabgeordneten zugehen, um diese Fragen dort zu diskutieren.